Deutscher Bundestag

17. Wahlperiode 07. 02. 2012

Antrag

der Abgeordneten Dr. Thomas Gebhart, Marie-Luise Dött, Peter Altmaier, Michael Brand, Cajus Caesar, Dr. Maria Flachsbarth, Josef Göppel, Christian Hirte, Andreas Jung (Konstanz), Jens Koeppen, Ingbert Liebing, Stefan Müller (Erlangen), Dr. Georg Nüßlein, Dr. Michael Paul, Ulrich Petzold, Dr. Christian Ruck, Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Horst Meierhofer, Michael Kauch, Angelika Brunkhorst, Dr. Lutz Knopek, Judith Skudelny, Rainer Brüderle und der Fraktion der FDP

Deutsches Ressourceneffizienzprogramm – Ein Baustein für nachhaltiges Wirtschaften

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Eine sichere und ausreichende Versorgung mit Rohstoffen ist unabdingbare Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg unserer Unternehmen. Deutschland ist gerade bei den für die Industrie wichtigen metallischen Primärrohstoffen in hohem Maße von Rohstoffimporten abhängig. Bei den Seltenen Erden, die in vielen Zukunftstechnologien verwendet werden, kommt hinzu, dass sich das Fördervolumen auf einige wenige Länder konzentriert. Verknappungen an den Rohstoffmärkten, die beispielsweise durch Explorationsengpässe oder durch eine interessengeleitete Rohstoffpolitik in den Bezugsländern entstehen, können zu Produktionseinschränkungen und Kostensteigerungen führen. Aus diesem Grund hat die Bundesregierung eine Rohstoffstrategie verabschiedet, um die deutsche Wirtschaft in ihrer Rohstoffbeschaffung zu unterstützen. Neben dem Ausbau von Rohstoffpartnerschaften sowie der Unterstützung der Unternehmen bei der Diversifizierung ihrer Rohstoffbezugsquellen steht auch der Abbau von Handelshemmnissen im Rahmen der EU-Handelspolitik im Vordergrund. Ein wichtiger Baustein, der mit einer hinreichenden Rohstoffversorgung zusammenhängt, ist die Steigerung der Ressourceneffizienz.

Im Laufe des 20. Jahrhunderts ist der weltweite Abbau von Bodenschätzen um den Faktor 34 gestiegen. In der Europäischen Union benötigen wir heutzutage jährlich 16 Tonnen Werkstoffe pro Person, davon werden sechs Tonnen zu Abfall und die Hälfte endet auf einer Deponie. Die zunehmende Rohstoffgewinnung bei unzureichenden Umweltstandards in Drittländern kann weitreichende negative Umweltauswirkungen nach sich ziehen, die zur Schädigung von Ökosystemen und zu sozialen und wirtschaftlichen Spannungen führen können. Ähnliches gilt für illegale Abfallexporte in Drittländer verbunden mit einem gesundheits- und umweltgefährdenden Recycling unter Verwendung veralteter und technisch unzureichender Methoden. Die Nachfrage nach Rohstoffen wird durch die wachsende Weltbevölkerung verstärkt. Damit geht die Gefahr einher, dass vermehrt Anlässe zu gewaltsamen Konflikten entstehen. Die deutsche Ressourcenpolitik ist gefordert, im Rahmen ihrer internationalen Einflussmög-

lichkeiten globale Verantwortung für die Folgen der Ressourcennutzung zu übernehmen und die Herausforderung, eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung mit ökologischen und sozialen Erfordernissen zu vereinen, auch im Hinblick auf den damit verbundenen Vorbildcharakter anzunehmen.

Auf europäischer Ebene hat die Europäische Kommission im Rahmen ihrer konzeptuellen Rohstoffinitiative in drei Säulen dargelegt, wie eine kohärente Rohstoffpolitik den Zugang der Wirtschaft zu wichtigen Rohstoffen unterstützen kann. Dazu zählen die Sicherstellung eines diskriminierungsfreien Zugangs der Unternehmen auf dem Weltmarkt, die Förderung einer nachhaltigen Versorgung mit Rohstoffen aus europäischen Quellen sowie die Steigerung der Ressourceneffizienz und die Förderung der Kreislaufwirtschaft.

Im Rahmen der Europa-2020-Strategie wurde die Leitinitiative "Ressourcenschonendes Europa verabschiedet, die durch eine Roadmap Ressourceneffizienz konkretisiert worden ist. Die Mitgliedstaaten werden darin aufgefordert, institutionelle Rahmenbedingungen zu entwickeln, die Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaft, Wohlergehen und Naturkapital anerkennen. Hindernisse für eine höhere Ressourceneffizienz sollen ausgeräumt werden. Im Rahmen des Fahrplans sollen zudem geeignete Indikatoren entwickelt werden, die Ressourceneffizienz abbilden können.

Um auf nationaler Ebene eine nachhaltige und effiziente Nutzung von Ressourcen zu forcieren, kann das von der Bundesregierung geplante Deutsche Ressourceneffizienzprogramm (ProgRess) einen wichtigen Beitrag leisten. Ziel ist es, die Beeinträchtigung der Umweltmedien durch Rohstoffgewinnung und -verarbeitung zu minimieren und die Ressourcennutzung in Deutschland weiter zu optimieren. Dabei muss als Bewertungsmaßstab der gesamte Produktlebenszyklus, von der Rohstoffgewinnung über die weitere Verwendung und Nutzung bis hin zu der Verwertung, in den Blick genommen werden. Nur so ist eine Gesamtbewertung des ökologischen und ökonomischen Nutzens eines Produkts unter dem Gesichtspunkt der Ressourceneffizienz möglich. Auch das Denken in Stoffkreisläufen soll stärker als bisher betont werden. Dies gelingt, wenn Abfälle in biologischen oder technischen Kreisläufen wiederverwendet oder, wo dies an Grenzen stößt, sinnvoll energetisch verwertet werden.

Für die deutsche Wirtschaft ist ein nachhaltiger und effizienter Umgang mit Ressourcen bereits heute – betriebswirtschaftlich wie volkswirtschaftlich – ein maßgeblicher Erfolgsfaktor. Bisherige Erfahrungen der Materialeffizienzberatungen in mittelständischen Unternehmen zeigen, dass bei den bisher beratenen Unternehmen im Schnitt 200 000 Euro im Jahr allein an Materialkosten gespart werden können. In zahlreichen Branchen sind hierzulande durch Optimierung der Produktions- und Verbundprozesse bereits erhebliche Anstrengungen unternommen worden. Dies schon deshalb, weil der Einsatz von Ressourcen in vielen Unternehmen einen maßgeblichen Kostenfaktor darstellt. Es bestehen jedoch in Teilbereichen noch Effizienzpotentiale.

Ein wesentlicher Schlüssel, noch vorhandene Potentiale auszuschöpfen, besteht in technologischen Innovationen. Zahlreiche deutsche Unternehmen sind heute Weltmarktführer im Bereich Effizienztechnologien. Insofern kann die Steigerung der Ressourceneffizienz eine doppelte wirtschaftliche Chance bieten: Einerseits führt eine effiziente Nutzung von Ressourcen zu einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Andererseits werden Effizienztechnologien weltweit vermutlich zu den Wachstumsbranchen zählen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt das Vorhaben der Bundesregierung zu einem nationalen Ressourceneffizienzprogramm (ProgRess) und den darin eingeschlagenen Weg, der vor allem auf Anreize und freiwillige Instrumente, auf Information, Beratung, Aus- und Weiterbildung sowie Forschung und Entwicklung zielt. Dieses Programm soll im Vorfeld der Konferenz der Vereinten Nationen für

nachhaltige Entwicklung (Rio plus 20) im Jahr 2012 die Vorbildrolle Deutschlands in diesem Politikfeld stärken, einen Überblick über bereits vorhandene Aktivitäten geben sowie Handlungsmöglichkeiten und Maßnahmen zur Steigerung der Ressourceneffizienz beschreiben.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
- im Rahmen des Bundeshaushalts 2012 und des Finanzplans
- 1. weiterhin engagiert für eine Steigerung der Ressourceneffizienz einzutreten und die Steigerung der Ressourceneffizienz als Herausforderung und zugleich als Chance für eine nachhaltige Entwicklung zu begreifen, die sowohl ökonomische als auch ökologische und soziale Aspekte berücksichtigt;
- bei der Wahl der Instrumente auf eine auch im internationalen Maßstab wettbewerbskonforme Ausgestaltung zu achten und Anreizen und freiwilligen Lösungen den Vorzug vor staatlichen Regulierungen sowie bürokratischen Kostenbelastungen der Wirtschaft, die die Ressourcennutzung verteuern, zu geben;
- 3. die Rohstoffstrategie der Bundesregierung, die Handelshemmnisse abbauen und Unternehmen in ihrer Rohstoffbeschaffung unterstützen soll, konsequent umzusetzen. Als Beispiele seien hier die Unterstützung von Unternehmen in der Diversifizierung ihrer Rohstoffbezugsquellen, der Aufbau bilateraler Rohstoffpartnerschaften mit wichtigen Lieferländern, die Steigerung der Effizienz bei der Rohstoffgewinnung und bei der Material- und Rohstoffverarbeitung sowie verstärktes Recycling, die Unterstützung der Arbeiten der Deutschen Rohstoffagentur bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe sowie der Ausbau von Forschung und Entwicklung genannt;
- 4. die hohen Verwertungsquoten bei mineralischen Abfällen auch zukünftig zu gewährleisten, die Entwicklung von Stoffkreisläufen bei wirtschaftsstrategisch bedeutsamen Metallen zu fördern und die Produktverantwortung im Rahmen der Kreislaufwirtschaft zu stärken. Mit dem neuen Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz und der geplanten Wertstofftonne oder der Wertstofferfassung in vergleichbarer Qualität sollen eine deutliche Verbesserung des Recyclings sowie eine Gesamtsteigerung der verwerteten Abfallmenge erreicht werden;
- 5. sich dafür einzusetzen, dass bei Normungsprozessen neben dem Energieverbrauch auch andere geeignete Ressourcenaspekte vermehrt berücksichtigt werden. Dies soll die Anreize erhöhen, ressourceneffiziente Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln und zur Marktreife zu führen;
- 6. Herstellern und Vertreibern in dafür geeigneten Bereichen zu ermöglichen, die für ihre Produkte verwendeten Materialien wiederzuerlangen und wieder zu verwenden. Dies kann durch eigene Rückgewinnungssysteme oder aber durch Kennzeichnung und Auslesemöglichkeit (z. B. RFID-Chips in den Produkten) im Stoffstrom erfolgen;
- 7. gemeinsam mit den Ländern und mittelstandsnahen Wirtschaftsorganisationen die bereits existierende einzelbetriebliche Effizienzberatung weiter auszubauen, um das Bewusstsein gerade der kleinen und mittleren Unternehmen für den effizienten Umgang mit Ressourcen zu schärfen und deren wirtschaftlichen Potentiale zur Steigerung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit noch stärker auszuschöpfen;
- 8. die unterschiedlichen Forschungsprogramme stärker auf ressourcen- und energieeffiziente Produktions- und Verarbeitungsprozesse auszurichten. Dazu zählt auch die Erforschung neuer Technologien, wie beispielsweise der Nanotechnologie oder die Erforschung von Ersatzmaterialien für Rohstoffe, deren Gewinnung sehr aufwändig oder deren Extraktion mit hohen Umweltbelastungen verbunden ist, um Letzteres zu vermindern;

- 9. eine umfassende Nationale Forschungs- und Innovationsförderstrategie für neue Ressourcentechnologien zu entwickeln und dabei einerseits die technologieoffenen FuEuI-Programme (FuEuI: Forschung, Entwicklung und Innovation) für kleine und mittlere Unternehmen, die in erheblichem Maß auch die Entwicklung ressourcenschonender Techniken unterstützen, zu stärken sowie andererseits das Helmholtz-Institut Freiberg für Ressourcentechnologie, die Deutsche Rohstoffagentur, das Umweltbundesamt, die Technischen Universitäten in Deutschland und andere einschlägige Forschungseinrichtungen und Wirtschaftsorganisationen in ein neues Forschungsförderungsprogramm einzubinden;
- 10. eine enge Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und politischen Akteuren zu befördern, um technologische Entwicklungen, neue Prozesse oder Werkstoffe anwendungsorientiert zu erforschen und schneller in die betriebliche Praxis umzusetzen. Dazu zählt auch, erfolgreiche Vernetzungsarbeiten, wie zum Beispiel zwischen der Deutschen Materialeffizienzagentur (demea) mit dem VDI Zentrum für Ressourceneffizienz GmbH (VDI-ZRE), in enger Abstimmung mit dem Ausbau der Deutschen Rohstoffagentur (DERA) bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, weiter zu befördern. Das gegründete Netzwerk Ressourceneffizienz kann einen weiteren Beitrag leisten;
- 11. in Zusammenarbeit mit dem Handel das öffentliche Bewusstsein für einen ressourceneffizienten Umgang mit Produkten zu schärfen und die Verbraucherinnen und Verbraucher unter Beachtung sektorspezifischer Bedingungen dafür zu sensibilisieren;
- 12. die Einführung freiwilliger Zertifizierungssysteme im Bereich der Ressourceneffizienz zu unterstützen, die dazu geeignet sind, auf die Herkunft der Roh- und Inhaltsstoffe und die Randbedingungen, unter denen sie gewonnen werden, hinzuweisen;
- 13. ihren Beschaffungsstellen zu empfehlen, die Leistungsbeschreibung in der öffentlichen Beschaffung verstärkt an der Nutzung ressourceneffizienter Produkte und Dienstleistungen auszurichten;
- 14. zu prüfen, ob es geeignete Ansatzpunkte gibt, Ressourceneffizienzaspekte in den verschiedenen sektoralen Rechtsbereichen stärker zu verankern;
- 15. das Ressourceneffizienzprogramm in Abstimmung mit der Leitinitiative "Ressourcenschonendes Europa" der Europäischen Kommission und dem konkretisierenden Fahrplan fortzuschreiben und die Zielsetzungen und Maßnahmen des Ressourceneffizienzprogramms zu evaluieren und zu konkretisieren;
- 16. für diese Überprüfung geeignete Indikatoren zu entwickeln, die Ressourceneffizienz praxisrelevant und widerspruchsfrei abbilden und dabei die Rahmenbedingungen des Industrie- und Produktionsstandorts Deutschland und die besonderen Umstände der auf seiner Grundstoffindustrie basierenden Wertschöpfungsketten angemessen reflektieren;
- 17. dem Deutschen Bundestag alle vier Jahre über die Entwicklung der Ressourceneffizienz in Deutschland zu berichten.

Berlin, den 7. Februar 2012

Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion Rainer Brüderle und Fraktion